

Schritt 3:

Auch wenn es im Moment vielleicht noch der Albtraum der meisten Kommunalpolitiker ist: Kommunen müssen in vielen Bereichen ihr Konkurrenzdenken überwinden und stattdessen kooperieren. „Weg vom Kirchturmdenken und vom Lokalpatriotismus“ heißt die Devise der Zukunft. Die meisten der auf uns zukommenden Probleme sind für einzelne (vor allem für kleinere bis mittlere) Kommunen gar nicht mehr allein lösbar, sondern nur noch in Zusammenarbeit mit anderen.

Das heißt: Die Folgen der demographischen Entwicklung kann und darf eine Stadt wie Lage nicht versuchen allein zu bewältigen, sondern sie sind nur kooperativ zu bewältigen, mit einem Gesamtkonzept für einen größeren Raum, mindestens mit den direkten Nachbarkommunen, besser noch überregional.

Wir werden später bei der Behandlung einzelner Themenfelder noch konkreter darauf zurückkommen. Aber hier sei als ein wohl sehr einleuchtendes Beispiel nur der Bereich der Sozialpolitik im Bereich „Umgang mit den immer zahlreicher werdenden alten Menschen“ genannt: Keine kleine bis mittlere Kommune wird in der Lage sein, isoliert und ohne Kooperation mit anderen Kommunen verantwortungsvoll damit umzugehen, etwa, was die Krankenversorgung angeht. Ähnlich ist es mit vielen Bereichen der Infrastruktur (Nahverkehr, Nahversorger, ...), dem Schulwesen, der Bauland- und Gewerbeflächenausweisung bzw. dem generellen Immobilien- und Flächenmanagement, usw., usw. - nirgendwo machen die kommenden Probleme an der Gemeindegrenze halt.

Die Position, dass eine interkommunale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels dringend notwendig ist, ist unter Fachleuten im Prinzip unumstritten. Wir verweisen u. a. auf einen ganz aktuellen Beitrag: In einem Magazin zum 40-jährigen Bestehen des Kreises Lippe als Verlagsbeilage zur Lipp. Landes-Zeitung vom 4. Jan. 2013 [„Lippe (er)leben“]



gibt es auf der Seite 26 ein Interview von Redakteur Wolfgang Becker mit den beiden Professoren Oliver Hall (Stadtplanung) und Ulrich Nether (Produktdesign) von der Hochschule Ostwestfalen-Lippe. Wir zitieren daraus ein paar wesentliche Auszüge zu den Äußerungen der beiden Professoren:

Kleine Orte seien mit Blick auf ihre Haushaltslage gar nicht mehr imstande, ihre Probleme alleine zu lösen. Sie müssten sich vom „Kirchturm-Denken“ verabschieden. Es gebe Überlegungen, die kommunale Planungshoheit für mehrere Gemeinden zu bündeln und sie damit zu einer organisatorischen Einheit zu machen. Dadurch lasse sich Geld sparen und Kompetenz zusammenfassen. Andererseits bedeute das nicht, dass die Kommune nichts mehr zu sagen hat. Der Kreis Lippe arbeite in diesem Sinne mit sieben Kurstädten aus der Heilgarten-Region zusammen. „Damit

(...)

Nether. Projekte für Mehrgenerationenhäuser hält er für sinnvoll, doch denkt er auch in größeren Räumen, indem er „Mehrgenerationen-Stadtteile“ ins Spiel bringt. Gebraucht würden Räume in den Städten, die angelegt sind für gemeinsame, multifunktionale und generationsübergreifende Projekte. Dies diene auch dazu, Leerstände zu beseitigen. Das Einfamilienhaus im klassischen Sinn habe keine Zukunftsoption. Einbeziehen und nicht ausgrenzen sei die Devise. Prof. Hall: „Für diese Form der In-

Und als weiteres Beispiel von vielen möglichen nennen wir noch einmal das von uns schon häufiger zitierte Heft 4-2010 des Städte- und Gemeinderates zur interkommunalen Kooperation und zur Baulandentwicklung, in dem sehr ausführlich und sachkundig zu diesem Thema referiert wird. Komplette können Sie den Beitrag nachlesen in unserer zweiten Antwort auf die Frage 11 zum Thema „geplantes Baugebiet in Hörste“ (6.12.2012) oder direkt unter folgendem Link:

www.heinzwalter.de/Baulandentwickl_Staedte_u_Gemeinderat_4_2010_m_Markierungen.pdf

[Falls der Link so nicht funktionieren sollte, kopieren Sie ihn und geben ihn in die Adresszeile Ihres Browsers ein.]

Auszug aus dem Heft mit den wichtigsten Passagen der Zusammenfassung zu Beginn:

- Städte und Gemeinden stehen untereinander in Konkurrenz um Unternehmen, Beschäftigte und Einwohner, um finanzielle Einnahmen und damit die Finanzierung der kommunal bereitgestellten Infrastruktur zu sichern. Die Praxis kommunaler Baulandentwicklung galt vor diesem Hintergrund lange Zeit als Erfolgsmodell.
- Veränderte Rahmenbedingungen, allen voran der demografische Wandel, konfrontieren die Kommunen zunehmend mit neuen Herausforderungen, wodurch sich an manchen Stellen Schwächen der bisherigen, oft nicht bedarfsgerechten und nicht nachhaltigen Ausweisungspraxis offenbaren. Der Wettbewerb um Einwohner setzt Kommunen einem permanenten Handlungsdruck aus, wobei der Bevölkerungsgewinn der einen Gemeinde zumeist einen Wanderungsverlust für benachbarte Gemeinden bedeutet.
- Durch verstärkte interkommunale Kooperation könnten Städte und Gemeinden diesen ruinösen Wettbewerb durchbrechen, die Auslastung ihrer Infrastrukturausstattung optimieren und gemeinsam attraktive Wohnangebote unterschiedlichster Qualitäten entwickeln. Sie bietet zudem die Chance, disperses Siedlungswachstum zu verhindern und die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme voranzutreiben.
- Gerade in der Wohnbaulandentwicklung spielt die Gemeindegrenzen überschreitende Zusammenarbeit jedoch bislang kaum eine Rolle. Demzufolge existieren auch kaum erprobte Handlungsansätze.
- Angesichts der immensen Herausforderungen ist eine verstärkte Kooperation über kurz oder lang unausweichlich. Sie bedarf erprobter Modelle und Strategien, die es jetzt zu entwickeln gilt.

Positionen
Koordinierung
Baulandm:
NRW vom J

Uns ist klar, dass eine solche interkommunale Kooperation bei Lokalpolitikern/-politikerinnen nicht überall auf Begeisterung stößt. Jahrzehnte lang ist man völlig anders verfahren und wollte doch immer „nur das Beste für seinen/ihren Ort“. Und jetzt soll man plötzlich mit den Nachbarkommunen zusammenarbeiten?

Dass eine solche Umstellung schwerfällt, hat auch der Bürgermeister von Schieder-Schwalenberg, Gert Klaus, gerade wieder feststellen müssen. Obwohl seine Gemeinde bereits am ILEK-Projekt beteiligt ist (*ILEK: ein übergreifendes Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum, an dem sich mehrere lippische Kommunen beteiligen*) und daher schon erste Erfahrungen hat, stellt er in einem Gespräch mit der Lipp. Landes-Zeitung am 31.12.2012 fest:

Wie erleben Sie denn die süd-ostlippische Gemeinschaft?

Klaus: Zunächst einmal: Zusammenarbeit findet in vielen Bereichen – auch erfolgreich – statt; im Grundsätzlichen wird es anspruchsvoller. Ich erlebe eine gewisse Zurückhaltung, man ist eher auf den eigenen Vorteil bedacht. An anderer Stelle habe ich eine im Ansatz zutreffende Beschreibung zu einer vergleichbaren Lage gehört: Vollmundige verbale Absichtserklärungen bei totaler Verhaltensstarre.

(LZ v. 31.12.2012)

„Vollmundige verbale Absichtserklärungen“ sind natürlich immer einfacher als eine Verhaltensänderung. Das ändert aber nichts daran, dass es für viele Kommunen ohne eine Kooperation mit anderen Kommunen unter den jetzigen Umständen kein Überleben geben wird. Denn eine nochmalige Gebietsreform, durch die Zusammenlegungen von Gemeinden einfach „verordnet“ würden, dürfte wohl so schnell nicht kommen. Bleibt also vorläufig nur der Weg der freiwilligen Zusammenarbeit – und dieser Weg sollte schnell vorbereitet und gegangen werden, auch in Lage.

Dazu zitieren wir noch einmal den gleichen Professor Hall von der Hochschule Ostwestfalen-Lippe, den wir oben bereits zitiert hatten, diesmal aus einem Interview in der LZ v. 3.11.2012:

Ist Vernetzung die Zauberformel für die lippische Stadtplanung?

Prof. Hall: Wir arbeiten derzeit mit dem Kreis an einem Projekt, das den interkommunalen Austausch fördert. In diesem Fall sind es sechs Kurstädte, die neue Mobilitätsformen zum Thema Tourismus testen. Zu sehen auf www.elektrisch-bewegt.de. Diese Art der interkommunalen Konferenz wäre auch für andere Themen, wie Leerstand und demografischer Wandel, geeignet.

Das Interview führte LZ-Redakteur Erol Kamisli

(LZ v. 3.11.2012)

Also: Auch wenn es einigen schwerfällt und es vorläufig noch ungewohnt ist - an einer übergreifenden interkommunalen Zusammenarbeit führt in Zukunft kein Weg vorbei, wenn die Kommunen mit den Folgen der demographischen Entwicklung verantwortungsbewusst umgehen und möglichst viele Schäden vermeiden wollen.

[Fortsetzung folgt!]